

STEIRISCHE Volksstimme



Ausgabe 9, Oktober 2021 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • 8020 GRAZ • Regionalmedium ZL 06A036682

www.kpoe-steiermark.at

REGIONALMEDIUM DER STEIRISCHEN KPÖ

KPÖ FÜR EIN ENDE DER ZUSPERR-POLITIK

Gesundheit und Pflege sichern

Seite 2-5



Der Herbst lädt dazu ein, die letzten sonnigen Tage in der Natur zu verbringen. Wer die Augen offen hält, kann vieles entdecken. Das weiß auch der Igel, der bald seinen Winterschlaf antreten wird.

KPÖ-Wahlerfolg in Graz

Bei der Gemeinderatswahl in der Landeshauptstadt Graz am 26. September wurde die KPÖ zur stärksten Partei. Die KPÖ erzielte 29 Prozent und überholte damit die ÖVP, die auf 26 Prozent kam (minus 12 %). KPÖ-Spitzenkandidatin Elke Kahr bedankte sich für das große Vertrauen und betonte: „Unsere wichtigste Koalitionspartnerin ist die Grazer Bevölkerung. Ihr sind wir im Wort. Für sie sind wir da!“





ZITIERT

„2 Millionen Dollar Miete: Diesen Betrag muss man derzeit für einen Sommerurlaub in einem Haus in den Hamp-tons auf Long Island einkalkulieren.“ Monika Rosen-Philipp, Chefanalystin UniCredit Bank, APA-OTS, 29.7.2021

„Die eine Hälfte dieser Leute landet in Ministerbüros. Die andere Hälfte ist bitter enttäuscht, weil sie dort keinen Platz mehr gefunden hat.“ Erhard Busek (Ex-Vizekanzler) über die Spitze der Jungen ÖVP. Salzburger Nachrichten, 31.7.2021

„Besondere Profite verdanken die Impfstoffhersteller dabei der EU, die laut Einschätzung von The People’s Vaccine Alliance die Preise ‚besonders schlecht verhandelt‘ hat.“ Nachdenkseiten, 4.8.2021

„Angesichts der Coronakrise können wir die Steuertricks der multinationalen Großkonzerne und das Steueroasen nicht mehr tolerieren. Steuergerechtigkeit ist das Gebot der Stunde! Die EU-Länder verlieren erschreckende 50 Milliarden Euro an Steuereinnahmen durch die Gewinnverlagerung der Multis.“ Martin Schirdewan, Die Linke, 9.7.2021

„Wenn Firmen übergroße Profite machen, indem sie gegen ein allgemeines Interesse handeln, werden sie es weiterhin tun. Nicht, weil sie böse Menschen sind, sondern weil jeder Einzelne dazu verpflichtet ist und dafür belohnt wird, Profit zu maximieren. Der Markt zwingt uns nicht, die Umwelt zu schützen. Nur die Regierungen können das systematisch korrigieren.“ Der Investmentbanker Tariq Fancy, Kurier, 15.9.2021

In der Pflege brennt

„Es gab Zeiten, in denen der Beruf der Krankenpflege attraktiv und gesellschaftlich anerkannt war, wie ich selbst erlebt habe“, erzählt Christine Anderwald. Die pensionierte Krankenschwester ist Gründerin der Marienambulanz in Graz. Dass heute Pflegenotstand herrscht, ist für sie hausgemacht, betont sie in einer Pressekonferenz der KPÖ. „Das Personal ist überlastet und unterbezahlt. Es gibt viel zu wenig Ausbildungsplätze – und die müssen meistens auch noch selbst bezahlt werden“, kritisiert Anderwald. Statt das zu korrigieren, sollen nun Menschen aus Kolumbien oder den Philippinen nach Österreich geholt werden, „damit diese unter noch schlechteren Arbeitsbedingungen Pflegearbeit leisten. Das ist ein zutiefst unmenschliches Kalkül.“

„In den Pflegeheimen ist es zehn nach zwölf“, erklärt Diplomkrankenschwester Wolfgang Schwab. „Alle sind am Limit. Wir wissen kaum noch, wie wir die Dienste besetzen sollen. Das System steht vor dem Kollaps.“

Vorbild Burgenland: Keine Profite mit Pflegeheimen

Vor fast 20 Jahren beschloss die steirische Landesregierung unter SPÖ-Landesrat Kurt Flecker, einer privaten, gewinnorientierten Pflegeheimlandschaft gegenüber öffentlichen Betrieben den Vorzug zu geben – „im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern in Österreich und das unter einem der schlechtesten Personalschlüssel“, betont Schwab. Entgegen der neoliberalen Beteuerungen sind die Pflegeheimkosten nicht gesunken,

sondern im Gegenteil massiv gestiegen. „Gewinnorientierte Träger sind Teil des Problems, nicht Teil der Lösung“, betont Schwab. Denn Gewinn macht man in der Pflege vor allem durch Sparen beim Personal oder bei den Patientinnen und Patienten.

Schwab schlägt vor, es wie im Burgenland zu machen: Mit einer vierjährigen Übergangsfrist werden dort alle Heime in öffentliches Eigentum überführt oder an gemeinnützige Trägervereine übertragen.

Vorbild Wien: Attraktivierung der Pflegeausbildung

„Neben einer Aufstockung der Ausbildungsplätze braucht es auch dringend eine Attraktivierung der Pflegeausbildung“, sagt Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Klubobfrau im Landtag. Derzeit bekommen Menschen in Pflegeausbildung in der Steiermark nur ein kleines Taschengeld – das noch dazu geringer ist als in den meisten anderen Bundesländern. Klimt-Weithaler will das rasch ändern. Sie setzt sich für eine Entlohnung aller Auszubildenden in Pflegeberufen ähnlich jener der PolizeischülerInnen ein. Das Taschengeld für die SchülerInnen



Polit-Gehälter senken: Alle Parteien

Die steirische KPÖ forderte im Landtag wiederholt die Bezüge in der Politik zu senken. Alle anderen Parteien stimmten dagegen. Bei den Mandatarinnen und Mandataren der KPÖ gibt es keine Spitzenbezüge, sondern eine Gehaltsobergrenze. Was darüber liegt, wird Menschen in Notlagen zur Verfügung gestellt.

Es sollte ein Grundprinzip sein, bei den Bezügen in der Politik ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Einkommen zu wahren. Die Schere zwischen Einkommen in höheren politischen Ämtern

und der Masse der Beschäftigten klapft immer weiter auseinander. Die Realität ist: Die Abgeordneten im steirischen Landtag waren 2020 vom steirischen Jahres-Durchschnittseinkommen (31.579 Euro) mit 82.726 Euro brutto weit entfernt.

Die KPÖ fordert deshalb seit Jahren, die Bezüge in der Politik um etwa 30 % zu senken. Maximum sollte das Fünfzehnfache der Mindestpension sein. Mit unserem Vorschlag würde der Landeshauptmann nicht am Hungertuch nagen, aber ein wichtiges Zeichen setzen. Po-



litikerinnen und Politiker sind durch ihre hohen Bezüge von der Lebensrealität der Bevölkerung weit entfernt und können die Folgen ihrer Entscheidungen für diejenigen, die mit einem durchschnittlichen Einkommen das

der Hut



© Gina Sanders Fotolia

der Krankenpflegeschulen sollte zumindest auf das Wiener Niveau angehoben werden und auch für Auszubildende in der Pflegefachassistenz und Pflegeassistenz gelten. „ÖVP und SPÖ haben das abgelehnt“, erinnert sich die KPÖ-Klubobfrau. Nachdem sich im Bund nun auch SPÖ-Chefin Rendi-Wagner dafür ausgesprochen hat, hofft Klimt-Weithaler auf ein Umdenken der steirischen Sozialdemokratie und wird den Antrag erneut einbringen.

Um dem „Pflexit“ entgegenzuwirken, will die KPÖ die Forderungen der Kollektivvertragsverhandlungen von 2019

wieder aufgreifen: Faire Gehälter, Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich und eine sechste Urlaubswoche.

Bessere Arbeitsbedingungen gegen „Pflexit“!

„Viele Beschäftigte leisten Großartiges – aber sie arbeiten am Limit. Sie brauchen dringend eine Entlastung. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken außerdem besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne“, findet der Grazer Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ).

n gegen KPÖ-Antrag

Auslagen finden müssen oder jetzt von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind, oft nicht abschätzen. Deshalb soll es

bei den Einkommen in der Politik ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben.

Steirische Politgehälter 2022

Bruttoeinkommen monatlich, 14 Mal pro Jahr

Landeshauptmann	€ 17.822
Landeshauptmannstellvertreter	€ 16.884
Mitglied der Landesregierung	€ 15.946
1. Landtagspräsidentin	€ 12.663
Klubobmann, Klubobfrau	€ 11.725
Bürgermeister Graz	€ 14.539

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Der Notstand ist schon da!



Foto: Langmann

Es gibt keinen Pflegenotstand in Österreich“, erklärte der ehemalige ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Jahr 2006. Kurz darauf wurde bekannt, dass seine Schwiegermutter von einer illegal beschäftigten slowakischen Pflegerin betreut wurde. Während sich Schüssel wenig später in die wohlverdiente Pension zurückzog, blieb die Lage für die Pflegekräfte in Österreich düster: Wenig Personal, niedrige Bezahlung, schwierige Arbeitsbedingungen prägen den Beruf bis heute. Die Folge ist ein immer gefährlicherer Personalmangel in der Pflege. Der Notstand ist längst da.

Statt die Weichen neu zu stellen und das System zu überdenken, wird darüber nachgedacht, aus welchen Staaten die billigsten Arbeitskräfte abgeworben werden können. Das Land Steiermark setzt weiterhin auf die Förderung gewinnorientierter, privater Pflegeheime. Das macht das System unnötig teuer. Viel

Geld fließt auf die Konten von Eigentümern und Investoren, bei den Pflegebedürftigen und beim Personal wird hingegen gespart.

Verbesserungen im System sind möglich. Aber nicht alle, die davon reden, wollen sie wirklich. Denn manchen Parteien sind die Investoren, die ihr Geld mit Pflegefonds erwirtschaften, viel näher als die pflegebedürftigen Menschen und all jene, die trotz allem in einem Pflegeberuf arbeiten. Es stimmt, dass Bund, Land und Gemeinden viel Geld für die Pflege ausgeben. Es kommt aber nicht bei jenen an, für die es bestimmt ist. Dass Steuergeld in die Taschen von Investoren fließt, ist ein Skandal, über den die Landesregierung nicht gerne redet. Deshalb brauchen wir einen Systemwechsel in der Pflege.

Landtagsabgeordnete

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



KLEIN, aber MIT BISS

Alle brauchen ein Dach über dem Kopf. Wir Eichkatzerl haben es da leichter als viele Menschen. Ich kann mir meine Wohnung jedenfalls leisten.

Bezirk Liezen: Starke Zweifel an Leit

KPÖ: Schließung von Krankenhäusern ist der falsche Weg!

Inmitten der Corona-Pandemie gab der steirische Spitalsbetreiber KAGes bekannt, dass die Spitäler derart überlastet sind, dass bereits geplante Operationen verschoben werden müssen. Gleichzeitig gab die steirische Landesregierung bekannt, an ihrem Plan, das Leitspital in Stainach festhalten zu wollen. Bekanntlich sollen alle drei Spitäler im Bezirk Liezen geschlossen und durch ein „Leitspital“ ersetzt werden.

Eine Volksbefragung im Bezirk Liezen im April 2019 ergab, dass mehr als zwei Drittel der Bevölkerung die Schließung der bestehenden Spitäler ablehnen. Denn die drei Standorte Rottenmann, Bad Aussee und Schladming würden zugunsten eines neuen Krankenhauses in

Niederhofen, Gemeinde Stainach-Pürgg, aufgegeben werden. Damit sind eine Reihe von Problemen verbunden, die die Gesundheitsversorgung im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs in Frage stellen. Ein Kaufvertrag für ein Grundstück in Höhe von 2,6 Millionen Euro wurde von der Landesregierung bereits unterschrieben. Das Vorhaben wirft aber viele Fragen auf.

Ungelöste Probleme der Verkehrsanbindung

Am 10. Mai präsentierte die Bürgerinitiative BISS (Bürgerinitiative Standorterhaltung Spitäler) gemeinsam mit Vertretern der Oppositionsparteien im steirischen Landtag eine Expertise,

Auf dieser Wiese in Stainach soll das „Leitspital“ entstehen



in der erhebliche Zweifel an der Eignung des vorgesehenen Standortes erhoben werden.

Bereits das erste Grundstück erwies sich als ungeeignet, obwohl angeblich alles „bestens geprüft und untersucht“ worden war. Nun wurde das neue Grundstück einem Faktencheck unterzogen:

Das Land hat ein Bekenntnis abgegeben, Stainach zukünftig nicht mit dem Spitalsverkehr zu

belasten. Es braucht jedoch einen leistungsfähigen Verkehrsknoten, was ein komplexes, teures Unterfangen mit unzähligen Bauteilen, darunter mehrere Brücken, darstellt.

Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist für Niederhofen nicht zufriedenstellend zu lösen. Der Bahnhof Stainach ist zu fern weit weg (1,7 Kilometer). Es bliebe somit eine fast 100%-ige Anreise mit dem Auto. Das ist nicht umweltverträglich und nicht zukunftsfähig!

Nach vertiefter Prüfung kommt die Bürgerinitiative BISS zum Schluss, dass der angekündigte (bereits um zwei Jahre verschobene) Eröffnungstermin mit Ende 2027 bei weitem nicht realisierbar ist. Eine Eröffnung könnte frühestens im Dezember 2029 erfolgen.

Nächste Schließung im steirischen Spitalswesen?

Landtag: LR Bogner-Strauß gibt Schließung zu, KPÖ-LAbg. Murgg: „Chaotisches Bild“

Die Abteilung für Allgemeinchirurgie am LKH Hochsteiermark, Standort Bruck an der Mur, soll geschlossen werden und nach Leoben übersiedeln. Das hat eine Dringliche Anfrage der KPÖ an Gesundheitslandesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) in der Landtagssitzung am 28. September ergeben.

Da Leoben und Bruck einen Verbund bilden, soll über die Schließung der Abteilung in Bruck mit Wortspielereien hinweggetäuscht werden, es ist von einer „Neustrukturierung“ die Rede. Dabei stellen die radikalen Schließungen längst eine umfassende und flächendeckende medizinische Versorgung in der Steiermark in Frage. Die KPÖ lehnt diese Pläne deshalb ab.

Die Schließung der Allgemeinchirurgie am LKH in Bruck an der Mur erfolgt wieder einmal vor dem Hintergrund des bedrohlichen Personal mangels. Nicht erst seit der Corona-Pandemie flüchten Pflegekräfte aus ihrem Beruf. Auch der Mangel an Ärztinnen und Ärzten wird immer problematischer. „Die Landesregierung reagiert darauf mit dem immer weiteren Zurückfahren der stationären Versorgung, statt sich Gedanken zu machen, wie man Personal gewinnen kann“, kritisiert KPÖ-LAbg. Werner Murgg die Weigerung der Gesundheitslandesrätin, Alternativen zum fortschreitenden Abbau der medizinischen Versorgung in der Steiermark zu suchen.

Die radikalen Einschnitte im steirischen Spitalswesen – in der Steiermark sollen bis 2035 nur

noch zehn Landeskrankenhäuser überbleiben – sorgen bereits jetzt für lange Anfahrtswege und einen immer schwierigeren Zugang zu medizinischer Versorgung. Durch die Zusammenfassung von mehreren ehemaligen Spitalsstandorten mit eingeschränktem Angebot zu wenigen „Leitspitälern“ wird über die Ausdünnung der Versorgung hinweggetäuscht.

KPÖ: Allgemeinchirurgie in Bruck/Mur erhalten!

In einem Antrag forderte die KPÖ die Landesregierung auf, die Allgemeinchirurgie in Bruck an der Mur langfristig zu garantieren. Die ständigen Verschiebungen von Abteilungen vermitteln ein chaotisches Bild von der Spitalpolitik, betont LAbg. Werner Murgg. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und Neos abgelehnt.



spital



KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler machte sich in Niederhofen (Stainach-Pürgg) für die Erhaltung der Spitäler im Bezirk Liezen stark.

„Hätte man bei Land, KAGes, Gesundheitsfonds bisher nicht hauptsächlich Öffentlichkeitsarbeit sondern stattdessen vertiefte Projektarbeit gemacht, wäre man längst zur Erkenntnis gekommen, dass ein Leitspital auch am Standort Niederhofen keine Chance auf Realisierung hat“, betonte DI Michael Pretzler (BISS) im Mai.

Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag: „Das neue Grundstück ist alles andere als überzeugend. Statt sich weiter zu verrennen, sollte die Landesregierung die Bevölkerung ernst nehmen und von den Krankenhausschließungen Abstand nehmen. Die hunderten Millionen wären in den bestehenden Spitälern, bei der Personalausstattung und der ärztlichen Versorgung vor Ort besser investiert.“

Gesundheitssystem ausbauen

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Mitten in der ärgsten Krise setzt die Landesregierung die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer aufs Spiel. Inzwischen müsste der Dämmste begriffen haben, dass wir mehr Betten brauchen, nicht weniger. Gerade die standortnahe Versorgung sollte im Zentrum

der Planungen stehen. Mit dem grünen Licht für das Leitspital in Stainach hält die Landesregierung an der brutalen Bettenreduktion fest!“

Die KPÖ fordert eine Offenlegung der Finanzierung des Spitals und Auskunft darüber, wer das Spital betreiben wird. Außerdem weist KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler darauf hin, dass mit diesem Beschluss das Ergebnis der Volksbefragung, die gegen das Leitspital ausgegangen ist, offen verhöhnt wird. Klimt-Weithaler: „Die Erfahrungen der Corona-Jahre haben gezeigt, dass wir mehr Betten brauchen und nicht weniger!“ Es ist nicht möglich, Betten und Personal nur im Bedarfsfall kurzfristig hochzufahren. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung in der ganzen Steiermark muss garantiert sein.

Neben dem Bettenmangel herrscht ein akuter Personal-mangel, was ÄrztInnen und Pflegekräfte anbelangt. Bei den Pflegekräften liegt Österreich mit sieben Vollzeitäquivalenten/1000 EinwohnerInnen unter dem OECD Schnitt (8,8 VZÄ/1000 EW).

„Klar ist, dass Österreich nicht

KOMMENTAR

KPÖ-LAbg. Werner Murgg Kahlschlag im steirischen Spitalswesen geht weiter!



Der Kahlschlag im steirischen Spitalswesen geht munter weiter. Diesmal trifft es die Allgemeinchirurgie in Bruck an der Mur. Die KPÖ hat im Landtag von der zuständigen Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) über die Schließungspläne Auskunft verlangt. Bogner-Strauß hat versucht die Übersiedlung der Allgemeinchirurgie nach Leoben als Verbesserung darzustellen, weil in Bruck die Gefäßchirurgie ausgebaut würde. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun! Fakt bleibt, dass die allgemeinchirurgische Versorgung, bis auf eine Ambulanz, von Bruck wegkommt und in Leoben konzentriert wird. Dieser Schritt schwächt auch die Unfallchirurgie in Bruck. Diese ist derzeit auf dem Level II eingestuft. Level II bedeutet, dass ein Allgemeinchirurg 24 Stunden anwesend sein muss. Durch die Übersiedlung der Allgemeinchirurgie nach Leoben besteht die Gefahr, dass Bruck auf Level III heruntergestuft wird. Bogner-Strauß versucht die Absiedlung auch damit zu rechtfertigen, dass Bruck,

Leoben, und ab Jänner auch Mürzzuschlag, ein „Krankenhaus Hochsteiermark“ wären und – betrachtet man alle drei Standorte – die Versorgung ausgebaut würde. Das ist Unsinn, denn Fakt bleibt, dass die Versorgung vor Ort, egal ob für einen Patienten aus Bruck oder eine Patientin aus Mürzzuschlag, zurückgefahren wird. Jedenfalls reiht sich diese Maßnahme in die Schließungspolitik der letzten Jahre ein: Mürzzuschlag schwer dezimiert, Mariazell und Eisenerz geschlossen, und Rottenmann, Schladming und Bad Aussee sollen auf einen Standort zusammengezogen werden. Im Landtag wurde mir von ÖVP-Seite vorgeworfen, die KPÖ würde die Patientinnen und Patienten verunsichern; ein absurder Vorwurf. Als obersteirischer Mandatar ist es geradezu meine Pflicht, im Landtag gegen die weitere Ausdünnung unseres Spitalsystems aufzutreten.

**Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670**

zu viele Betten hat, sondern zu wenig Personal“, so die KPÖ-Abgeordnete. „Würde Landesrätin Bogner-Strauß daraufhören, was die Beschäftigten im Gesundheitsbereich aus ihrem Arbeitsalltag berichten, müsste sie die Kürzungspläne stoppen.“

Beim Spitalspersonal liegt Österreich im Europa-Vergleich im untersten Drittel, gerade noch vor Italien. Die KPÖ bleibt daher auf dem Standpunkt, dass eine weitere Ausdünnung der Gesundheitsversorgung unbedingt vermieden werden muss.

Pension mit 71?

Das ist eine Empfehlung der EU für Österreich!

Im „Grünbuch über das Altern“ regt die Europäische Union eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters an. Ginge es nach Brüssel, sollen wir bis 2040 erst mit 71 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen dürfen!

Applaus kommt von der Jungen Industrie. Die Kapital-Lobby findet diesen Vorstoß der EU „sehr zu begrüßen“.

Wir von der KPÖ Steiermark sehen das gänzlich anders: Hackeln bis zum Umfallen? Fix net!

Immer wieder heißt es von Fraktionen, die eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters fordern, wir könnten uns die Pensionen nicht mehr leisten. Da haben wir eine Idee: Das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung allein besitzt fast 40 Prozent des Gesamtvermögens. Her mit einer fairen Besteuerung großer Vermögen, weg mit Steuer-Schlupflöchern für multinationale Konzerne, und schon können wir uns die verdiente Pension für alle locker leisten!

STIMMEN

Harald S.: Die „Alten“ fahren mit den Rollators zur Arbeit während die „Jungen“ zu Hause nasenbohren, und die PVA erspart sich Milliarden.

Caterina P.: In dem Fall fahr ich dann wirklich mit dem Rollator um meine Patienten zu pflegen.

Martin W.: Ja, die Alten müssen geschützt werden sagt der Basti, dann können sie ja viel länger hackeln.

Dieter R.: Ich bleib dabei: 45 Jahre und abschlagsfrei mit 62 in Pension gehen dürfen. Nicht dann noch ein lebenslang bestraft werden für das jahrelange Arbeiten.

Hannelore K.: Man bekommt mit 50 fast keine Arbeit mehr und soll dann bis 71 arbeiten. Logisches Denken sollte zum Pflichtunterricht werden

Christine A.: Die sollen liebe schauen das die jungen Menschen eine Arbeit haben und die älteren 60-65 Jahren in Ruhe lassen „sprich Pension. Ich glaube



ein Bauarbeiter, Dachdecker ect. haben mit diesem Alter genug Beschwerden, aber wenn ich nur im Büro sitze oder wie unsere Regierungsmittglieder, da könnte man bis 80 arbeiten. Da gibt es nur eine Frage ob die Bevölkerung die so lange sehen will.

Jochen L.: Würst mit 50+ arbeitslos, bekommst jetzt schon keinen Job mehr. Ich bräuchte eh noch einige Helfer am Bau. Bitte schick mir die Kasperl von Brüssel. Gehalten aber nur nach KV.



Immer neue Tricksereien bei Shoppingcity Seiersberg

SPÖ und ÖVP umgehen das Erkenntnis des VfGH und zementieren die Verbindungswege in der Shoppingcity ein.

Mit einer Änderung im Landes-Straßenverwaltungsgesetz greifen ÖVP und SPÖ tief in die Trickkiste, um die vom Verfassungsgerichtshof beeinspruchten Methoden, das gesetzeswidrig vergrößerte Einkaufszentrum in Seiersberg zu erweitern, nachträglich zu legalisieren.

Durch Zubauten wurde das Einkaufszentrum im Laufe der Jahre größer, als es die Landesgesetze zulassen. Also wurden die Gänge, in denen sich zahlreiche Shops befinden, einfach zu „Interessentenwegen“ erklärt – so, als handle es sich um öffentliche Straßen. Dass diese „Lösung“ nicht halten werden, ahnte die

Landesregierung schon. Deshalb wurde nun eine neue Kategorie von Straßen erfunden, die so genannten „Zufahrtsstraßen“.

„Offenbar erkennt die Landesregierung, dass ihre nachträglich erlassene Einzelstandortverordnung wieder nicht halten wird“, kritisiert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler diese Methode.

Laut Gesetz sollen die Zufahrtsstraßen die Verbindung zu „bedeutenden Infrastruktureinrichtungen“ herstellen. Um auszuschließen, dass es zu einem Missbrauch dieser Regelung kommt, beantragte die KPÖ im Landtag, dass diese Straßen ausschließlich für Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie etwa Krankenhäuser gelten. Dies wurde jedoch ohne Begutachtungsverfahren abgelehnt.

**PENSION
MIT 71?!**

**DIE EU SCHLÄGT'S VOR,
DIE INDUSTRIELLEN-
VEREINIGUNG APPLAUDIERT**



**...UND WIR
WERDEN UNS
WEHREN!**

KPÖ

Graz: KPÖ mit Elke Kahr auf Platz 1

„Wir haben eine Koalition mit unseren Wählerinnen und Wählern“

Bei der Gemeinderatswahl am 26. September erzielte die KPÖ mit Elke Kahr in Graz einen großen Erfolg. Das Ergebnis: KPÖ 15 (10) Mandate, VP 13 (19), Grüne 9 (5), FP 5 (8) SPÖ 4(5), Neos 2 (1).

Elke Kahr: „Dieses Ergebnis ist überwältigend. Wir können es noch gar nicht fassen. Jetzt wird schon viel über Koalitionen spekuliert, heute können wir aber eines sagen: Unsere wich-

tigste Koalitionspartnerin ist die Grazer Bevölkerung. Ihr sind wir im Wort. Für sie sind wir da. Wir sind mit dem Versprechen in diese Wahl gegangen, dass Soziales nicht untergeht. Dazu stehen wir. Wir werden uns nicht verbiegen lassen. Danken möchte ich allen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben – all meinen Kolleginnen und Kollegen und allen, die uns das Vertrauen geschenkt haben.“

Der Erfolg der Grazer KPÖ hat weit über die Grenzen Österreichs hinaus für Aufsehen gesorgt. Selbst die Washington Post berichtete darüber.



Die KPÖ ist mit Elke Kahr an der Spitze stärkste Kraft in der Landeshauptstadt geworden. Statt Luftschlösser zu bauen, setzt sich die KPÖ für konkrete Verbesserungen im täglichen Leben ein. Im Bild bei einer Protestaktion gegen die Teuerung bei Tarifen und Gebühren.

KPÖ-Initiative für sozialen Wohnbau

Die Geschäftemacherei mit dem Grundbedürfnis Wohnen nimmt zu. Die ständig steigenden Kosten fürs Wohnen am privaten Wohnungsmarkt treffen immer mehr Menschen. Fernwärme, Strom usw. werden jährlich teurer. Die KPÖ setzt sich im Landtag dafür ein, dass die Gemeinden, insbesondere Graz, wieder selbst mehr Gemeindewohnungen errichten.

Trotz überall sichtbarer Bautätigkeit entspannt sich die Lage am Wohnungsmarkt nicht. Es wird viel gebaut, aber am Bedarf der Bevölkerung vorbei: Gerade in den Ballungszentren wie Graz gibt es immer noch zu wenig leistbaren Wohnraum. Das Geschäft mit der Wohnungsspekulation blüht. Am privaten Wohnungsmarkt schnellen die Preise in die Höhe. Durch die immer häufigeren befristeten Mietverträge kommen Wohnungssuchende stark unter Druck und leiden unter den immer wieder

entstehenden Kosten für Makler, Kautions, Ablöse, Umzug etc.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Nur ein umfassendes kommunales Wohnbauprogramm kann diesen Trend umkehren. An den Bedürfnissen vorbei gebaute ‚Anlegerwohnungen‘ können die Knappheit an erschwinglichen Wohnungen nicht aufheben. Mieten und Betriebskosten steigen viel stärker als die Einkommen. Deshalb müssen die Gemeinden wieder selbst Wohnungen errichten. Dafür brauchen sie Unterstützung von Land und Bund!“

Ein hoher Anteil an Gemeindewohnungen ist ein wesentliches Instrument, um einem zügellosen Anstieg des Mietzinsniveaus entgegenzuwirken. Um gerade in kleineren und größeren Ballungsräumen allen Menschen leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, muss das Angebot an sozialem aber vor allem auch an kommunalen Wohnangebot erhöht werden. Denn Bau- und Grundkostenbeiträge sind für viele Menschen ebenso wenig leistbar wie die bei



Die Regierung überlässt das Wohnen dem „freien Markt“: Gebaut wird viel, aber erschwingliche Wohnungen gibt es viel zu wenige. Miete und Betriebskosten heizen die Teuerung an.

Privatanmietung anfallenden Einmalkosten.

Die KPÖ fordert daher im Landtag:

- Eigene Wohnbau-Förderkontingente für den kommunalen Wohnbau (insbesondere in Graz), damit die Gemeinden selbst Gemeindewohnungen bauen können.
- Ein Einweisungsrecht der

Gemeinden in geförderte Wohnungen als Förderungsvoraussetzung für Wohnbaugenossenschaften.

- Zweckbindung von Rückflüssen aus Wohnbauförderungsmaßnahmen und Einnahmen aus dem Wohnbauförderungsbeitrag ausschließlich für Zwecke der Wohnbauförderung.

Murtal: KPÖ springt ein, wo Landesregierung untätig ist

Nach wie vor zu wenige Kassenärzt:innen – Familien mit hohen Kosten allein gelassen

Werdende Mütter im Bezirk Murtal waren oft gezwungen, Behandlungen bei Wahlärzt:innen durchführen zu lassen. Auch Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen sind davon betroffen.

Den es gibt zu wenige KassenärztInnen in der Region. Untersuchungen beim Wahlarzt bzw. bei der Wahlärztin müssen jedoch aus eigener Tasche (vor) finanziert werden, was für viele nicht so einfach ist. Das Land Steiermark reagiert seit Jahren nicht. Deshalb richtete die KPÖ einen Hilfsfonds ein, mit dem bereits zahlreiche Frauen unterstützt wurden.

In den Bezirken Murtal und Murau gab es lange Zeit jeweils nur einen Frauenarzt mit Kassenvertrag für 50.000 Frauen: Einen Gynäkologen in Knittelfeld und einen mit einer Zweitordination in Murau. Frauen, werdende Mütter und Eltern mit Kindern waren gezwungen, die nötigen Behandlungen und Untersuchungen bei WahlärztInnen durchführen zu lassen. „Die dafür anfallenden Kosten werden nur zu einem Teil von der Krankenkasse zurückerstattet“, erklärt die steirische KPÖ-Vorsitzende **Claudia Klimt-Weithaler**.

Im Frühjahr wurde dem Landtag dazu eine Petition von



Carina Klemmer (rechts) stellte mit Josef Meszlenyi, Renate Pacher und Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ den Mutter-Kind-Unterstützungsfonds vor.

Carina Klemmer vorgelegt, die von mehr als 3.300 Personen unterstützt wurde. Diese Petition hatte großen Anteil daran, dass seit 11. Jänner 2021 am LKH-Standort Judenburg das Projekt „Frauengesundheit Murtal“ existiert, wo zehn Spitalsärzte im Krankenhaus abwechselnd eine Kassenstellen-Praxis für Gynäkologie und Geburtshilfe betreiben. Gesichert ist das Projekt jedoch nur bis Ende des Jahres.

Hilfsfonds der KPÖ

Leider hat die zuständige Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) abgelehnt, die Mehrkosten zu übernehmen. Die KPÖ hat deshalb Anfang Sommer einen Mutter-Kind-Unterstützungsfonds für Mütter mit geringem Einkommen eingerichtet. Die Einkommensgrenze orientiert sich am steirischen Kautionsfonds.

Die Mittel kommen von KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**. Wie alle KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare spendet sie einen großen Teil ihres Polit-Bezugs, um Menschen, die in eine finanzielle Notlage geraten sind, zu unterstützen.

Betroffene aus dem Bezirk Murtal

können sich im Landtagsklub der KPÖ Steiermark bei der Sozialarbeiterin **Karin Gruber** unter karin.gruber@stmk.gv.at bzw. 0316/877 5101 melden. Ebenso ist es möglich, sich direkt in der KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld bei **Josef Meszlenyi** (knittelfeld@kpoe-steiermark.at bzw. 03512/82240) zu melden.

KPÖ KPÖ Landtagsklub, DSA Karin Gruber, +43 (0)316 877-5101, karin.gruber@stmk.gv.at
KPÖ Murtal, 03512 822 40, knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Antrag

Mutter-Kind-Unterstützungsfonds

Persönliche Daten:

Vorname	Nachname	Geburtsdatum
Adresse		
E-Mailadresse	Telefonnummer	
Haushaltsgröße (Anzahl Erwachsene und Kinder)		



Rebellen, Superheldinnen oder „verlorene Generation“

Wie geht es Kindern und Jugendlichen in Zeiten wie diesen?

Seit über einem Jahr befinden wir uns in einer Ausnahme-situation. Viele Erwachsene sind von Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung betroffen, hinzu kommen oft auch Überlastung und Zukunftsängste. Selbstverständlich hat das auch Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche. Dass die Krise besonders ärmeren Kindern zu schaffen macht, zeigen Umfragen wie jene der Volkshilfe Österreich und Studien, die zum Beispiel die Universität Salzburg durchgeführt hat. Im Vergleich zum Vorjahr bewerten heuer doppelt so viele armutsbetroffene Eltern die Lebensqualität ihrer Kinder mit einem „Nicht genügend“. Ein Grund dafür: Die Regierungsmaßnahmen erreichen die Betroffenen nicht. Während zwei von zehn Kindernangaben, trauriger und einsamer als vor der Pandemie zu sein, liegt der Anteil bei Armutsbetroffenen dreimal so hoch. Das liegt daran, dass Kinder mit weniger Geld von Haus aus schon weniger am sozialen Leben teilnehmen können, die Krise hat ihre Lage verschärft.

Konkrete Hilfe, Unterstützung und Aktionen

Wir brauchen ein flächendeckendes psychotherapeutisches Angebot auf Kasse, dementsprechend haben unserer Gemeinderäte und Gemeinderätinnen die Forderung „Für einen raschen Ausbau der kostenfreien psychischen Beratung-, Betreuungs- und Behandlungsangebote“ in ihren Kommunen eingebracht. Auf Landesebene setzen wir uns seit Jahren konsequent für eine bessere Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie

ein und sind mit der steirischen Jugendanwältin in regelmäßigem Austausch, um auch ihre Anliegen in den Landtag zu bringen.

Wir unterstützen das Konzept des Steirischen Landesjugendbeirates, das vor allem darauf abzielt, den Jungen durch Angebote von Kinder- und Jugendorganisationen Räume zu geben, um sich entfalten zu können und die negativen Auswirkungen der Pandemie hinter sich zu lassen. Ebenso wichtig sind die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit wie z.B. Jugendzentren. Sie haben in den letzten Monaten Hygiene- und Sicherheitskonzepte entwickelt, die den Besuch ohne Sorgen möglich machen.

Mit dem Youtube-Format „Auf Augenhöhe“ (auch auf Facebook zu sehen) wollen wir Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen lassen. In der aktuellen Folge berichtet eine Schülerin über ihre Erfahrungen, die sie als angehende Maturantin gemacht hat.

Kinderarmut

Die Bekämpfung der steigenden Kinderarmut wird uns weiterhin beschäftigen. Von Forderungen und Initiativen, die damit in Zusammenhang stehen, wie die Einführung einer landesweiten Sozialcard, Mietzinsobergrenzen, keine Erhöhung von Gebühren und Preisen bei öffentlichen Verkehrsmitteln, – um nur einige Beispiele zu nennen, werden wir keinen Abstand nehmen. Im Gegenteil: Wir werden wiederholt darauf hinweisen, dass dies notwendige Maßnahmen sind, um das Leben der Menschen zu verbessern. Auch der Forderung



nach einem Modell für eine Kindergrundsicherung werden wir Nachdruck verleihen.

Zusätzlich wollen wir Kindern und Jugendlichen auch mit Aktionen Raum geben. Gemeinsam mit Kinderland Steiermark sind Spielefeste geplant, die in möglichst vielen Bezirken stattfinden sollen.

Ich freue mich sehr, dass unsere Premiere in Voitsberg so gut geklappt hat und möchte mich an dieser Stelle bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern herzlich bedanken!

Claudia Klimt-Weithaler



Trotz Klimakrise: Airpower kommt

Geld für Bildung und Pflege statt für Lärm-Event – KPÖ-Kritik an „grünem Mäntelchen“ für Airpower

LAbg. Klimt-Weithaler (KPÖ) kritisierte, dass die öffentliche Hand ein Militär-Event subventioniert.

Massive Lärm- und Umweltbelastung begleiteten die Airpower ebenso wie die Verschwendung von Steuergeld von Anfang an. Statt die Veranstaltung, bei der immer wieder tödliche Waffen als Belustigung vorgeführt werden, im Zeichen des Klimaschutzes endgültig abzusagen, soll der Flugshow nun ein grünes Mäntelchen umgehängt werden. Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag, bezeichnet die neuen Pläne als Etikettenschwindel und fordert den Ausstieg des Landes Steiermark aus dem Spektakel.

Obwohl das Österreichische Bundesheer nach den Worten des ehemaligen Verteidigungsministers Starlinger „vor dem Konkurs“ steht, soll die sündteure Flugshow 2022 wieder durchgeführt werden. Aufgrund der massiven Kritik an dem Spektakel, bei dem durch Flugzeuge und Reiseverkehr 2000 Tonnen CO₂ freigesetzt werden, wird die Großveranstaltung 2022 mit Etiketten wie „Nachhaltigkeit“ und „Klimaschutz“ versehen – konkrete Schritte wurden allerdings nicht bekannt gegeben. Solche Vorgänge werden gewöhnlich als „Greenwashing“ bezeichnet.

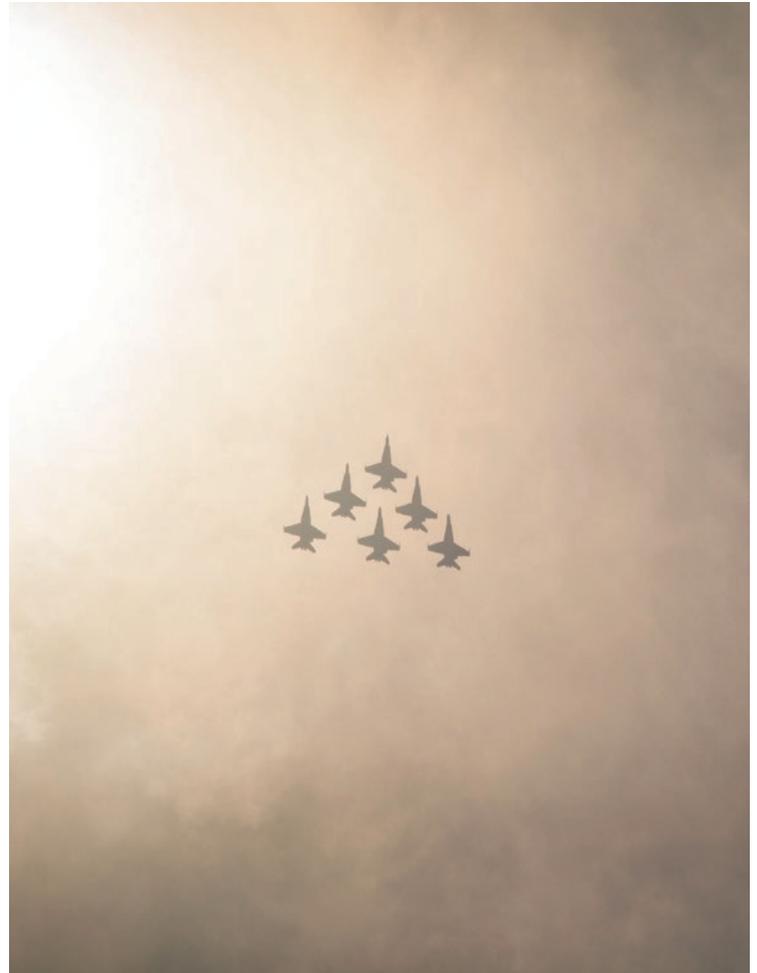
Bis zu 1,2 Millionen Euro des Landes Steiermark werden in die Airpower gesteckt. Der Bund investierte zuletzt 3,6 Mio. Euro in das Spektakel, während das Bundesheer nicht mehr in der Lage ist, seinen verfassungsmäßigen Aufgaben in vollem Umfang nachzukommen. Finanziert wurde die Show mit Geldern, die für den Ausbildungs- und Dienstbetrieb vorgesehen sind.

Die Abhaltung der Show beeinträchtigt also unmittelbar dessen Handlungsfähigkeit. Der Rechnungshof kritisierte 2016 darüber hinaus, dass es bei der Airpower keine konkreten Förderziele und keine Untersuchung des Nutzens für den Tourismus gab. Förderunterlagen wurden nicht vorgelegt, für das Rahmenprogramm wurde keine Bewilligung beantragt (und vom Land auch nicht eingefordert).

Klimakrise wird ignoriert

Massive Kritik äußerte zuletzt Klimaexperte Gottfried Kirchengast an den Plänen, wieder eine Airpower in der üblichen Größe durchzuführen. Durch den An- und Abreiseverkehr mit tausenden Pkws würden dreimal so viele Emissionen anfallen wie durch die Flugshow selbst. Die Wiener Umweltökonomin Sigrid Stagl spricht angesichts der inhaltsleeren Konzepte vom Verdacht einer „reinen Behübschung“.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler kündigte eine Initiative im Landtag an und erinnerte daran, dass bei der Airpower auch in der Vergangenheit nicht immer alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Das Land Steiermark hat ohne Rechtsgrundlage Förderungen für die Airpower vergeben, sogar die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat gegen Mitglieder der Landesregierung ermittelt. „Die 1,2 Millionen Euro, die erneut in das fragwürdige Spektakel fließen, wären in der Pflege und der Bildung besser investiert. Während sich die Regierungsmitglieder als großzügige Sponsoren präsentieren, fahren sie das Gesundheitssystem mit voller Wucht an die Wand. Ich bin strikt dagegen, für die Airpower öffentliches Geld und öffentliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen!“



Bei uns eine Belustigung, für andere eine tödliche Waffe



Die Europäische Union steckt in der Krise. Es gibt wurde nicht nur ein neues scharfes Grenzregime errichtet, die Ratsvorsitzende tut sich auch immer schwerer Kompromisse zu finden. Unter den Deckmantel der europäischen Einheit werden aber Schritte zur Aufrüstung gesetzt.

Aus dem Gemeinderat

VOITSBERG

Trotz hohem Bedarf: Keine kostenfreie psychische Beratung

„Für einen raschen Ausbau der kostenfreien psychischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote“. Diesen Antrag hat Sabine Wagner in den Voitsberger



Gemeinderat eingebracht. Alle Fraktionen stimmten dafür – nur die SPÖ nicht. Sie versenkte den Antrag und stellt sich gegen den so dringend notwendigen Ausbau von kostenfreien Hilfsangeboten bei psychischen Problemen, die in den letzten Monaten aufgrund Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung, Zukunftsängsten, Überlastung, Einsamkeit und Isolation noch häufiger geworden sind.

Ein völlig unverständliches Verhalten der Sozialdemokraten!

„Wir von der KPÖ bleiben jedenfalls dabei: Gute Beratung und Behandlung bei psychischen Problemen darf

keine Frage des Geldbörserls sein – es braucht endlich mehr Kasensplätze und kostenfreien Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten für ALLE Menschen, die diese benötigen! Die SPÖ mag den Antrag niedergestimmt haben, aber wir bleiben hartnäckig und verlässlich an diesem wichtigen Anliegen dran!“, zeigt sich **KPÖ-Gemeinderätin Sabine Wagner** kämpferisch.

Tag der offenen Konten in der Weststeiermark



Walter Weiss, KPÖ-Gemeinderat in Deutschlandsberg, und Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau im Landtag Steiermark, haben in Deutschlandsberg Rechenschaft abgelegt, was sie mit ihren Polit-Bezügen machen: In der Stadt wurden im Jahr 2020 16 Personen in Notlagen mit 3.350 Euro unterstützt.

Sozialsprechstunde mit
LAbg. Claudia
Klimt-Weithaler

Voitsberg:

Mo. 11.10.21, 10:00-12:00

im Hildegard Burger Haus Voitsberg,
Conrad von Hötzendorfstraße 29, Voitsberg

Deutschlandsberg:

Mo. 18.10.21, 10:00-12:00

im Cube85, Poststraße 3, Deutschlandsberg

KPÖ



V.l.n.r.: Karin Gruber, Claudia Klimt-Weithaler, Sabine Wagner

Insgesamt konnte die KPÖ Weststeiermark im vergangenen Jahr 31 Menschen mit 6.170 Euro unterstützen. Seit 2006 führen KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und Sozialarbeiterin Karin Gruber regelmäßig Sozialsprechstunden in Voitsberg durch, seit zwei Jahren auch in Deutschlandsberg. Aufgrund der Gehaltsobergrenze der KPÖ-Politikerinnen und Politiker – sie behalten sich maximal 2.300 Euro

und geben den großen Rest ihrer Polit-Bezüge an die Bevölkerung zurück – kann sie den Menschen auch finanziell rasch und unbürokratisch helfen.

Seit 1998 konnten die Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ Steiermark durch Verzicht auf einen Großteil ihrer Polit-Gehälter mit mehr als 2,4 Millionen Euro über 20.000 Steirern und Steirerinnen in schwierigen Situationen helfen.

„Viel Lärm um viel“ zum Frauentag 2021

Die Gleichstellung aller Menschen ist in der österreichischen Verfassung verankert und trotzdem sind Frauen in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, sind im Durchschnitt schlechter bezahlt. Frauen leisten den Großteil der unbezahlten Arbeit wie Kinderbetreuung, die Pflege von Alten und Kranken und die Hausarbeit. Im Beruf sind für sie die Aufstiegschancen geringer als jene der Männer.

Verliererinnen in der Krise

Nun hat uns seit über einem Jahr die Corona-Pandemie fest im Griff und die Krise zeigt auf, was ohnehin bekannt ist. Beschäftigte im Handel, in der Pflege, im Dienstleistungssektor sowie im sozialen und im pädagogischen Bereich werden zwar als „systemrelevant“ bezeichnet, in der Bezahlung spiegelt sich das jedoch nicht wieder. Laut Arbeiterkammer schwächt die aktuelle Situation die Schwächeren in der Gesellschaft – so waren hauptsächlich Frauen im Lockdown mit Homeoffice und

Homeschooling zusätzlich belastet. Im Zuge der Krise haben sie auch in mehr Fällen ihren Job verloren als Männer. Die steirischen Frauenhäuser sind derzeit zu 90 Prozent ausgelastet. Das bedeutet einerseits, dass die Fälle von häuslicher Gewalt angestiegen sind, andererseits trauen sich auch mehr Betroffene Hilfe zu suchen. Die finanziellen Probleme werden für viele Menschen größer, Alleinerzieherinnen sind besonders gefährdet.

Die KPÖ fordert:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes
- Ausbau von Einrichtungen zum Gewaltschutz
- Einen finanziellen Bonus für Alleinerziehende
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Mindestlehrlingsentschädigung in allen Branchen
- Ein Arbeitsmarktpaket für Frauen
- Selbstverständliche Väterkarenz



Unsere Aktivistinnen und Aktivisten waren in der Weststeiermark unterwegs und haben die Frauen mit einer roten Nelke an ihre Rechte erinnert.

Schöner Wohnen

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit!

Die Wohnkosten sind seit Jahren der größte Preistreiber. Deshalb setzt sich die KPÖ seit Jahrzehnten für leistbares Wohnen und für den sozialen Wohnbau ein. Der Bau von Gemeindewohnungen, eine Mietzinsobergrenze und die Abschaffung der Maklergebühren für Mieterinnen und Mieter sind ein Gebot der Stunde. Im Herbst 2019 fand im Bildungsverein der KPÖ eine Fachtagung zum Thema Wohnungspolitik statt, an der sich hochkarätige Experten und Expertinnen beteiligten.

Nun gibt es eine Dokumentation als Nachlese zur Fachtagung. Man kann sie im KPÖ-

Landtagsklub unter 0316/877-5104 bestellen oder auf unserer Website www.kpoe-steiermark.at downloaden.



Aus dem Gemeinderat

DEUTSCHLANDSBERG

Jugendkonzept nimmt Fahrt auf

Gemeindegästin Elisabeth Koch (SPÖ) berichtete in der letzten Gemeinderatssitzung vor dem Sommer in ihrer Funktion als Vorsitzende des Jugendausschusses darüber, dass sich der Deutschlandsberger Jugendgemeinderat vor kurzem konstituiert hat. Diese Maßnahme leitet sich aus der Jugendstrategie ab, die auf Antrag der KPÖ in der letzten Periode beschlossen wurde. Auch eine weitere alte Forderung



geht langsam in die Umsetzungsphase. Für den Hörbinger Sportplatz wird die Sanierung geplant. „Nachdem in der letzten Periode viele gute Ideen gesammelt wurden, geht es bei diesen beiden wichtigen Projekten nun endlich an die Umsetzung. Da die Pandemie einiges im letzten Jahr ausgebremst hat, ist es umso erfreulicher zu sehen, dass nun mit Hochdruck an diesen Projekten gearbeitet wird“, so KPÖ Gemeinderat Walter Weiss.

geht langsam in die Umsetzungsphase. Für den Hörbinger Sportplatz wird die Sanierung geplant. „Nachdem in der letzten Periode viele gute Ideen gesammelt wurden, geht es bei diesen beiden wichtigen Projekten nun endlich an die Umsetzung. Da die Pandemie einiges im letzten Jahr ausgebremst hat, ist es umso erfreulicher zu sehen, dass nun mit Hochdruck an diesen Projekten gearbeitet wird“, so KPÖ Gemeinderat Walter Weiss.

Jobabbau bei Remus

KPÖ FORDERT AKTIVE STANDORTPOLITIK

Mit dem Stammwerk des Auspuffherstellers Remus in Bärnbach schließt ein weiterer steirischer Industriebetrieb seine Pforten. 60 Arbeitsplätze gehen verloren, 30 werden ins Werk in Voitsberg verlagert und weitere 30 an den bosnischen Firmenstandort. In den vergangenen Jahren sind in unserem Bundesland tausende Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen. Die Voitsberger KPÖ-Gemeinderätin Sabine Wagner fordert vom Land und den Gemeinden eine aktive Standortpolitik ein.

Die prekäre Arbeitsplatzsituation und die damit verbundene Abwanderung aus vielen steirischen Regionen hat sich durch den Abbau von hunderten Arbeitsplätzen etwa bei Magnesita in Trieben, bei Mondi und der Schließung der Produktion bei ATB Spielberg erneut verschärft. Remus-Chef Stephan Zöchling

macht angeblich „überzogene Forderungen“ der Gewerkschaft für die Streichung der Jobs verantwortlich. Durch steigende Lohnkosten, auch wenn diese gerade durch die Teuerung bedingten Kaufkraftverlust abdecken, würde er laut Medienberichten „einfach die Lust verlieren“. Neben Zöchling ist auch der Industrielle und NEOS-Sponsor Hans Peter Haselsteiner Mit-eigentümer von Remus.

Gemeinderätin Sabine Wagner: „Es zeigt sich wieder, wie wichtig es ist, dass die öffentliche Hand auf die Entwicklung selbst Einfluss nimmt und aktive Standortpolitik betreibt. Ein Mittel dazu wäre eine Landesholding, die sich an Unternehmen beteiligt und ein Mitspracherecht erwirbt.



Gemeinderätin Sabine Wagner (KPÖ Voitsberg): „Land und Gemeinden müssen aktive Standortpolitik betreiben“.

Langfristiges Ziel muss sein, die Abwanderung zu stoppen, den Trend umzukehren und mittelfristig neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Schicksal der Region darf nicht alleine von den Launen einzelner Unternehmer abhängig sein.“

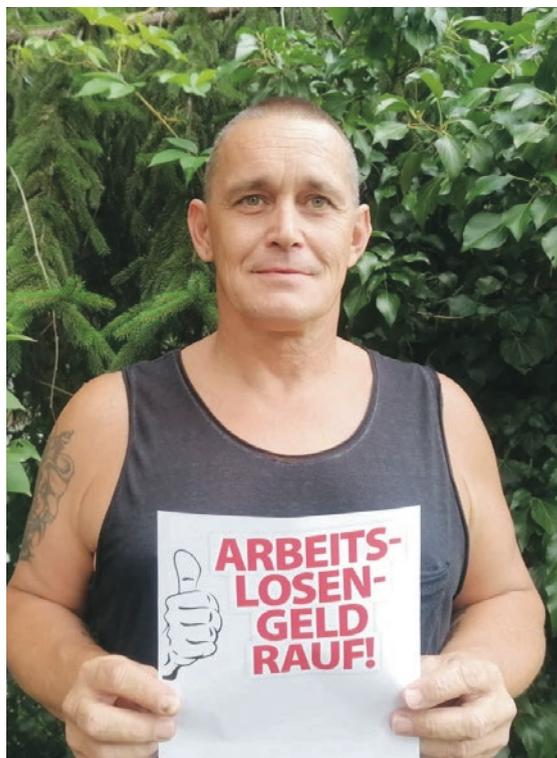
Rauf mit dem Arbeitslosengeld

Mit 55% des Einkommens 100% der Ausgaben bestreiten? Das kann sich nicht ausgehen. In genau diese unmögliche Situation geraten aber viele Menschen, wenn sie – wie im letzten Jahr zehntausendfach während der Corona-Krise – ihren Arbeitsplatz verlieren. Deshalb fordert die Initiative Arbeitslosengeld RAUF jetzt, die Ersatzrate auf mindestens 70% des letzten Nettolohns zu erhöhen, damit niemand bei Arbeitsverlust direkt in Existenzängste und Armutsgefährdung abrutscht.

„Gerade in der Pandemie sind viele Menschen arbeitslos geworden und müssen jetzt mit viel weniger Einkommen auskommen. Die Fixkosten sind aber nicht gesunken, deshalb unterstütze ich das Volksbegehren zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes!“, sagt **Alexander Janecek** von der KPÖ-Weststeiermark und Aktivist des GLB Steiermark (Gewerkschaftlicher Linksblock).

Wir hoffen, Sie tun das auch!

Ihre Unterstützung können Sie auf allen Gemeindeämtern zu Papier bringen (bitte Termin ausmachen & Lichtbildausweis mitnehmen!) bzw. auch online mit Bürgerkarte oder Handy-Signatur abgeben.



KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

Keine Zurückhaltung!

Für viele Konzerne läuft es besser den je. Der Konjunkturausblick ist positiv und die Preise steigen stärker als bisher. Es ist also längst an der Zeit über den Anteil der Beschäftigten am Aufschwung zu diskutieren.

Dass Lohnzurückhaltung keine Arbeitsplätze schafft, hat das vergangene Jahr gezeigt. Obwohl die meisten Kollektivvertragsabschlüsse gerade einmal die Inflationsrate abgegolten haben, ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher als vor der Krise.

Damit dies nicht so bleibt, braucht es zweierlei. Einerseits müssen wieder KV-Abschlüsse her, die deutlich über der Inflation liegen, denn nur damit können sich die arbeitenden Menschen die Dinge, die sie benötigen auch leisten. Und andererseits gehört die Frage einer echten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wieder auf die Tagesordnung, damit auch mehr Menschen wieder die Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Das derzeit diskutierte Modell der 4-Tage-Woche ist dabei jedenfalls keine Lösung, sondern eine sozialdemokratische Mogelpackung, denn hier leisten die Unternehmen keinen finanziellen Beitrag und das, obwohl sie durch die gestiegene Produktivität profitieren. Die Kosten teilen sich die Beschäftigten über einen Lohnverzicht und die Allgemeinheit über einen Beitrag des AMS. Angesichts sprudelnder Gewinne kann das nicht die Lösung sein.

Georg Erking ist Bundesvorsitzender GLB und steirischer Arbeiterkammerrat des GLB-KPÖ.

Gleichenberger Bahn erhalten!

Feldbach. In der letzten Gemeinderatssitzung in Feldbach wurde mit einer Mehrheit von ÖVP und Grünen (!) eine Umwidmung des ca. zwei Hektar großen Areals des Landesbahnhofes als örtliche Vorrangzone für Erholung/Sport bzw. Kultur beschlossen.

Dies würde die Einstellung der Bahn voraussetzen, da das hier ansässige Bahnbetriebswerk für die Wartung der Fahrzeuge auch für einen eingeschränkten

Betrieb notwendig ist. Außerdem wäre eine Nutzung als Parkanlage, Kinderspielplatz etc. gar nicht ohne weiteres möglich, da das Erdreich auf dem Gelände noch aus der Zeit vor der Gleichenberger Bahn mit Schmieröl etc. kontaminiert ist. Die notwendige Abtragung wäre sehr kostenintensiv.

Die heuer seit 90 Jahren bestehende Gleichenberger Bahn wird seit Jahresbeginn nur mehr

an Wochenenden und Feiertagen „touristisch“ für den Personentransport betrieben. Der Fahrplan gilt noch bis zum 1. November, die weitere Zukunft ist ungewiss.

Eine Einstellung der bei der Bevölkerung durchaus beliebten, elektrisch betriebenen Bahn ist in Zeiten von Klimawandel und Verkehrswende sowieso ein vollkommen falsches Signal! Umgekehrt müssten eigentlich ein Ausbau und eine Modernisierung forciert werden. Mit modernen Garnituren ließe sich

die Fahrzeit fast um die Hälfte verkürzen, sogar bei mehr Haltestellen. Und eine Eingliederung ins S-Bahnnetz, z.B. nach dem Modell der Stadtbahn in Karlsruhe, welches ja auch für Salzburg diskutiert wird, könnte eine direkte Verbindung von Bad Gleichenberg nach Graz ohne Umsteigen ermöglichen.

Auf jeden Fall wäre eine Rückkehr zu einem täglichen Fahrplan schon ein Schritt in die richtige Richtung.

Weitere Informationen:
www.gleichenbergerbahn.at

FELDBACH

Bürgermeister Ober lässt das Rathaus in die Villa Hold übersiedeln

Lange waren es Gerüchte, heuer im Frühjahr wurde es beschlossen: Das Rathaus übersiedelt ab November in die Villa Hold (Alte Sparkasse). Bürgermeister Josef Ober begründet den Umzug damit, dass das bestehende Rathaus Substandard sei, die Ausstattung schlecht (EDV, Elektrotechnik), teuer (die Räume für das Bürger*innenservice, Buchhaltung und Server müssen angemietet werden – 50.000 Euro im Jahr plus 20.000 Euro Administrationskosten) und vor allem mit 400 m² zu klein: 1.000 m² würden fehlen. Die Villa Hold mit ihren 1700 m² wäre dafür ideal und sei derzeit nur zu 50 % ausgelastet.

Die Kosten des Umbaus sollen geschätzt rund 2 Millionen Euro ausmachen. Ob es dabei bleibt, ist fraglich. Die Finanzierung soll über das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) des Landes laufen und das Darlehen durch Einsparungen bei Mietaufwänden und Administrationskosten von 100.000 Euro pro Jahr refinanziert werden.

Die Musikschule, die sich momentan in der Villa befindet, soll dafür ins aktuelle Rathaus übersiedeln und einen 100 m² großen Zubau bekommen (geschätzte Kosten nochmals 500.000 Euro), das Standesamt bleibt. Beide Gebäude sollen barrierefrei werden, die Sanitäreinrichtungen sollen erneuert werden.

Fraglich ist, ob ein dementsprechender Zubau des jetzigen Rathauses in Summe nicht günstiger kommen würde. Jedenfalls ist der Zeitpunkt für so ein Projekt der falsche: In einer Zeit, in der viele Menschen krisenbedingt vor großen finanziellen Herausforderungen stehen, hinterlassen die damit verbundenen Kosten einen negativen Eindruck.

Das Geld könnte sicher sinnvoller verwendet werden, z.B. für den neuen Schulcampus, dessen Bau ja bekanntlich aus Kostengründen auf Eis gelegt wurde (die Bezeichnung „Schule der Zukunft“ bekommt so einen ironischen Beigeschmack). Oder den Bau von Gemeindewohnungen, wo Feldbach mit ca. 230 Einheiten bei knapp 13.400 Einwohnern eher dürrig ausgestattet ist.



Markus Pendl



Trotz alle Beteuerungen den öffentlichen Verkehr auszubauen sind immer noch Bahnlinien gefährdet.

GKB in Gefahr

Nicht nur bei der Landesbahn sind Einsparungen zu befürchten, auch die weststeirische GKB befürchtet Verschlechterungen.

Die Belegschaft der GKB (Graz-Köflach-Bahn) schlägt Alarm. Die Ausgliederung der Infrastruktur an die ÖBB könnte den Anfang vom Ende des traditionsreichen Bahn- und Busbetriebes einläuten. Deshalb fanden am 15. September Betriebsversammlungen statt.

Worum geht es? Die GKB bilanziert positiv, weil alle Betriebsteile in einer Hand sind. Die Trennung von Infrastruktur und Bahnbetrieb geht auf eine

Richtlinie der EU zurück. GKB-Betriebsratsvorsitzender Helmut Koch betonte, dass 80 Prozent der MitarbeiterInnen aus den Bezirken Voitsberg und Deutschlandsberg kommen.

Die GKB muss in ihrer Gesamtheit erhalten bleiben! Für die Beschäftigten und für die Passagiere darf es keine Verschlechterungen beim öffentlichen Verkehr in unserer Region geben.

Rad- und Gehwegsperrung in der Gleichenberger Straße

Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist Gebot der Stunde

LAbg. Werner Murgg (KPÖ): „Hunderttausende leben in Existenzangst“



Stadtrat Robert Krotzer, Stadträtin Elke Kahr (Graz) und Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler (Landtag Steiermark) warben in Graz für die Unterstützung des Volksbegehrens zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes.

Die Coronavirus-Maßnahmen haben die Arbeitslosigkeit in Österreich auf einen historischen Höchststand anwachsen lassen.

Die Schikanen gegen Arbeitslose nehmen zu, während das Arbeitslosengeld so gering ist, dass es bei den meisten kaum zum Leben reicht. Die KPÖ fordert die Erhöhung der Nettoersatzrate von 55 auf 70 Prozent.

Ein entsprechender Antrag der KPÖ im Landtag im Vorjahr scheiterte an ÖVP, SPÖ und Neos. Besonders erstaunlich war die Haltung der steirischen SPÖ, da diese Partei auf Bundesebene eine Erhöhung auf 70 % unterstützt, wie auf der Webseite der SPÖ nachzulesen ist. Die KPÖ erinnert daran, dass durch die verschärften Zumutbarkeitsbestimmungen und Sanktionen auch Lohndumping befördert wird. Dadurch sinken auf lange Sicht auf die Einkommen jener, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

„Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist das Gebot der Stunde. Viele, die auf 55 Prozent des letzten Gehalts zurückfallen,

haben größte Schwierigkeiten, ihre Lebenskosten zu decken. Hunderttausende leben durch diese Politik in ständiger Existenzangst“, betont KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Die KPÖ tritt dafür ein, Arbeit und Wohlstand gerecht zu verteilen. Sonst kommt es zu einer immer tieferen Spaltung der Gesellschaft.

Die KPÖ lehnt auch die Schikanen ab, denen Arbeitslose in den letzten Jahren verstärkt ausgesetzt sind. Wenn Arbeitslose AMS-Termine versäumen, drohen ihnen unverzüglich Kürzungen und Sperren des Arbeitslosengeldes. Diese Sanktionen wurden zuletzt so verschärft, dass viele in einer gefährlichen Abwärtsspirale landen. Zudem kürzt das Land den Betroffenen auch die Sozialunterstützung/Mindestsicherung. „Zumindest die Wohnung muss gesichert bleiben, denn niemand kann wollen, dass Betroffene auf

der Straße landen. Es muss eine menschliche Lösung gefunden werden“, appellierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler an die Soziallandesrätin.

In vielen Fällen stehen psychische Erkrankungen hinter den AMS-Sanktionen. Wenn dann auch noch eine existenzielle Bedrohung durch den Verlust der Wohnung dazukommt, werden die Betroffenen erst recht nicht in der Lage sein, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Im Gegenteil: Schulden und Probleme häufen sich an. Die Wohnkosten müssen auch bei einer AMS-Sperre berücksichtigt werden. Denn niemandem ist geholfen, wenn Menschen ihre Wohnung verlieren!

Die KPÖ unterstützt das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!“ und ersucht um Unterstützung: www.arbeitslosengeld-rauf.at



ARBEITSLOSENGELD RAUF!

Jetzt das Volksbegehren unterstützen!

www.arbeitslosengeld-rauf.at

Feldbach. In der Gleichenberger Straße in Feldbach war seit Ende August, aufgrund einer Baustelle, der Rad- und Gehweg von der Kreuzung bei der Volksschule II bis kurz vor der Lebenshilfe vier Wochen lang gesperrt. Für Radfahrer bestand ein Fahrverbot, d.h. sie durften laut Beschilderung auch die Fahrbahn nicht benutzen. Fußgänger mussten die Straßenseite wechseln.

Pikant dabei ist, dass seit der Ausrüstung der Ampelanlage bei der Kreuzung VS II mit Induktionsschleifen und Druckknöpfen die Fußgängerampel erst bei Betätigung von letzteren überhaupt erst auf grün schalten. Und auch nur dann, wenn die Betätigung rechtzeitig erfolgt. Hat die Ampel nämlich aufgrund von Autos auf der Induktionsschleife schon auf gelb geschaltet, heißt es die übernächste Ampelphase abzuwarten.

Radfahrende müssen, sofern sich kein KFZ auf die Induktionsschleife begibt, immer absteigen und den Druckknopf betätigen, wollen sie die Straßenseite wechseln. Das ist v.a. Richtung Süden umständlich, da es hier keine Radfahrüberfahrt gibt. Wenn so die Radverkehrspolitik (bzw. die Politik bezüglich sanfter Mobilität) der Pilotregion aussieht, dann ist zu sehen, wie ernst es damit gemeint ist.

KPÖ für Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz

Klimt-Weithaler drängt auf Kinderbildungsgipfel

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler fordert, endlich einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kinderbildungseinrichtung zu schaffen und das Angebot auszubauen. Voraussetzung dafür sind längst überfällige Verbesserungen in der Elementarpädagogik.

Obwohl in den verpflichtenden Elterngesprächen auf die positiven Auswirkungen des Kindergartenbesuchs hingewiesen wird, gibt es kein Recht auf einen Platz in einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung. Besonders für jüngere Kinder stehen nicht genug Plätze zur Verfügung. Dabei kann eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht ohne eine ausreichende Anzahl an ganztägigen, hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen erreicht werden.

Da eine altersgerechte Gruppengröße für das Wohl der Kinder

von großer Bedeutung ist, muss es auch zu einer Verkleinerung der Gruppen kommen. Wie groß diese sein sollen, hängt sowohl vom Alter der Kinder als auch von der Gruppenzusammensetzung und der Anwesenheitsdauer ab. Die Steiermark hat großen Nachholbedarf: Seit 30 Jahren wird eine längst überfällige Verkleinerung nicht durchgeführt. Das macht auch den Beruf unattraktiver und trägt zum Personalmangel in der Elementarpädagogik bei.

Auch die SPÖ spricht sich erfreulicherweise für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung aus (<https://spoe.at/story/rechtsanspruch-auf-kinderbetreuungsplatz-ab-2016>). In Deutschland gibt es seit 2013 einen Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz für 1- bis 3-jährige Kinder. Seither gibt es einen regelrechten Boom bei der Schaffung von geeigneten Plätzen und der Ausbildung von Personal.

Die KPÖ im Landtag beantragt:

- Senkung der Gruppengröße und des Betreuungsschlüssels in Kindergärten und Kinderkrippen
- Ausbau ganztägiger und ganztägiger Kinderbetreuung speziell für Ein- bis Dreijährige
- für Kinder ab dem 1. Geburtstag einen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf einen öffentlichen Kinderbetreuungsplatz

Die KPÖ drängt auf Durchführung eines Kinderbildungsgipfels, für den eine unabhängige steirische Initiative vor kurzem über 10.000 Unterschriften an Bildungslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) übergeben hat. „Wenn so viele Menschen konkrete Probleme in der Kinderbildung in unserem Bundesland ansprechen, ist es unverständlich, dass dieses Angebot nicht angenommen wird“, wundert sich KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

**Satte Gewinne,
matte
Einkommen**

Im Juli wurde bekannt, dass der ÖVP-nahe Betreiber Wiki, der in der Steiermark 300 Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen führt, 4,26 Millionen Euro Überschuss angehäuft hat. Dieser hohen Summe stehen die seit langem bekannten Probleme in der Elementarpädagogik gegenüber: zu niedrige Einkommen, zu große Gruppen, zu wenig Zeit für Vorbereitung.

Über 10.000 Unterschriften übergab die Initiative für Elementare Bildung (IFEB) nur wenige Tage davor an Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP). Kindergärten und Kinderkrippen werden seit Jahrzehnten im Stich gelassen. Die Verkleinerung der Gruppen von 25 auf 20 Kinder wurde schon vor 30 Jahren beschlossen, aber nie umgesetzt. Nicht einmal zu einem Kinderbildungsgipfel ist die Landesrätin bereit. Stattdessen werden die beruflichen Erfordernisse gesenkt, um leichter an Personal zu kommen.

Die Mehrheit der Kindergärten und -krippen wird von Vereinen betrieben, die den Regierungsparteien nahestehen. Dort landen auch die „Überschüsse“. Während der erwähnte Träger über vier Millionen Gewinn machte, will man gleichzeitig beim Personal sparen!

Das zeigt wieder einmal, dass es sinnvoller wäre, wenn Land und Gemeinden die Kindergärten und Kinderkrippen selbst betreiben, statt die Aufgaben an parteinahe Vereine zu übertragen. Bildung ist eine öffentliche Verantwortung und Aufgabe. Und die lässt sich besser erfüllen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Beschäftigten gerecht behandelt werden.

Landtagsabgeordnete
Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at





KPÖ für entschlossene Maßnahmen gegen Kinderarmut

Die Kinderarmut hat unter dem Eindruck der Corona-Krise weiter zugenommen. In Österreich leben 362.000 Kinder in Haushalten in einer prekären finanziellen Situation. 65.000 Familien können sich keinen eigenen PC leisten. Die KPÖ fordert entschlossene Maßnahmen gegen Kinderarmut, vor allem eine finanzielle Entlastung von Familien durch Senkung der Wohnkosten und Abschaffung finanzieller Hürden im Bildungssystem.

In der Steiermark wuchs bereits 2018 jedes fünfte Kind an oder unter der Armutsgrenze auf. Während die Landesregierung mit dem neuen Sozialunterstützungsgesetz die finanzielle Unterstützung bei den Wohnkosten eingeschränkt hat, steigen diese weiter. Die Wohnkosten sind der größte Preistreiber und sind ein wesentlicher Grund, warum viele Familien armutsgefährdet sind. Kinderarmut bedeutet, dass junge Menschen von Anfang an sozial ausgegrenzt werden.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) fordert die steirische Landesregierung auf,

mehr Rücksicht auf von Armut gefährdete Kinder und Jugendliche zu nehmen: „Auf Kosten von Kindern und Jugendlichen zu sparen bedeutet, jungen Menschen die Zukunft zu verbauen. Am wirkungsvollsten wäre es, den sozialen Wohnbau zu forcieren, denn Wohnen macht immer mehr Menschen arm. Deshalb müssen auch die Verschlechterungen durch das Sozialunterstützungsgesetz zurückgenommen werden.“

Die Vorschläge der KPÖ:

- Gesetzliche Beschränkung der Wohnkosten
- Zugang zu Bildung ohne soziale Hürden, Unterstützung bei hohen Schulkosten
- sichere Arbeitsplätze

Die KPÖ meint, dass gute Arbeitsplätze mit gerechter Entlohnung und fairen Arbeitsbedingungen der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut sind. Nur wenn Eltern genug verdienen, um gut leben zu können, sinkt die Kinderarmut. Ein gerechtes Sozialsystem trägt maßgeblich zur Reduktion von Kinderarmut bei.



Ein Kommentar des steirischen Journalisten Max Zirngast



Klimakrise: Weder Steinzeit noch individueller Verzicht

Österreich ist EU-weit Spitzenreiter bei der Versiegelung von Böden

Es ist eine Binsenweisheit zu sagen, dass es extreme Wetterereignisse schon immer gegeben hat. Mit diesem Argument aber die Realität der Klimakrise zu leugnen ist gefährlich. Es brauchte nicht erst die jüngsten Hagelschauer und Hochwässer in der Steiermark um uns zu zeigen, dass die Klimakrise nicht die Zukunft betrifft – sie ist schon hier.

Es ist vielfach belegt, dass extreme Wetterereignisse sich in den letzten Jahren häufen und dass sie zerstörerischer werden. Schon ein geringer Anstieg in der durchschnittlichen Temperatur kann große Folgen haben. Dazu kommt die massive Bodenversiegelung, die bei starkem Regen verhindert, dass der Boden das Wasser aufnehmen kann. Österreich ist EU-weit Spitzenreiter beim Vorschreiten der Bodenversiegelung. Die Bautätigkeit in Graz, das stetige Zerstören von Grünraum durch die Baupolitik von Bürgermeister Nagl im Interesse des Kapitals ist ebenso bekannt wie die schnell voranschreitende Versiegelung im Bezirk Graz-Umgebung.

Auf Bundesebene hat Kanzler Kurz eine „Debatte“ über Klimaschutz losgetreten, indem er meinte, der einzige Weg sei Innovation, denn Verzichtspolitik sei der Weg zurück in die Steinzeit. Dabei verschleiert er damit vor allem Eines: die ökologische Krise kann nicht durch Innovation gelöst werden, sondern nur durch eine Veränderung, wie wir als Gesellschaft leben.

Auch Appelle an individuellen Verzicht bringen uns nicht weiter. Diejenigen, die ohnehin kaum noch verzichten können, werden damit nur noch weiter ausgegrenzt, diejenigen die verzichten müssen, werden das von sich aus kaum machen. Deswegen müssen wir darüber sprechen, wie produziert wird und wer von den bestehenden Verhältnissen profitiert.

Studien zeigen, dass nur eine Handvoll von großen Firmen (ca. 100) für über 70% der weltweiten Treibhausgasemissionen der letzten Jahrzehnte verantwortlich sind und dass das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung doppelt so viel CO₂-Ausstoß verursacht wie die ärmsten 50 Prozent!

Es geht also um Klimagerechtigkeit – im Hier und Jetzt. Es geht darum, dass wir unsere Städte und Gesellschaft so gestalten, dass ein gutes Leben für alle und nicht nur für einige wenige möglich ist.

Glücksspiel: Geschäftemacherei m

Was von der Werbung als kleiner Spaß zwischen durch angepriesen wird, hat schon Tausende in den Ruin getrieben: das so genannte „kleine Glücksspiel“ auf Automaten. Jahrzehntlang wurde von der Politik die schützende Hand über dieses Geschäft gehalten. Warum das so ist, zeigen die Querverbindungen eines großen Konzerns zu fast allen politischen Parteien in Österreich. Die KPÖ setzt sich für ein Verbot dieser Geschäftemacherei mit dem Elend so vieler Menschen ein.

„Novomatic zahlt alle“ – diesen Satz aus dem Ibiza-Video haben viele noch im Ohr gehabt, als durch die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft erneut die Verflechtungen zwischen dem Glücksspielkonzern Novomatic und der Politik sichtbar wurden. Einer Bitte um Hilfe bei Steuerangelegenheiten wurde im selben SMS das Angebot einer Parteispende vorangestellt.

Auch in der Steiermark gibt es eine enge Verflechtung der Glücksspielindustrie mit der Politik. In der Steiermark stehen knapp über 1000 Glücksspielautomaten, an denen Spieler in einer Stunde bis zu 36.000 Euro (!)

verspielen dürfen. Die Kehrseite: 60.000 bis 80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffene gab es nach offiziellen Zahlen des Landes in der Steiermark im Jahr 2007. Die Zahl ist dramatisch hoch – vielleicht wurde deshalb nachher nie wieder eine neue ermittelt.

Dass so viele Menschen spielsüchtig wurden, liegt vor allem daran, dass das damals geltende Gesetz systematisch umgangen wurde: Statt der erlaubten 50 Cent Höchsteinsatz und 20 Euro Maximalgewinn wurde mit Tricks ermöglicht, um viel höhere Beträge zu spielen. Die meisten Betroffenen haben am Beginn ihrer „Karriere“ einen Gewinn gemacht – der dann schnell wieder in die Automaten zurückwandert. Am Ende gewinnt nur der Anbieter. Im Falle des Novomatic-Konzerns ein Milliardengeschäft.

Der Bock als Gärtner

Als die KPÖ 2005 in den steirischen Landtag einzog, sagte Ernest Kaltenegger der Branche den Kampf an. Jahrelang wurde das Problem geleugnet, aber mit tausenden Unterschriften und viel Unterstützung aus der steirischen Bevölkerung wurde es für die Landespolitik immer schwieriger, angesichts der illegalen Praktiken weiterhin ein Auge zuzudrücken. Als im Landtag ein Ausschuss zum Thema Automatenspiel eingerichtet wurde, wurde der damalige ÖVP-Ab-

geordnete Wolfgang Kasic zum Vorsitzenden gewählt. Dieser war nicht nur Branchensprecher für die Automatenbetreiber in der Wirtschaftskammer, sondern kassierte er für Inserate des Novomatic-Konzerns in einer von ihm herausgegebenen Zeitung. Kasic musste schließlich zurücktreten.

Ein Ende des Automatenspiels bedeutete das nicht. Der damalige Landeshauptmann Voves (SPÖ) hielt am Automatenspiel fest, und so wurde schließlich ein neues Glücksspielgesetz beschlossen – von SPÖ, ÖVP und FPÖ. Der SPÖ-Abgeordnete Max Lercher war von der Unterstützung der FPÖ so begeistert, dass er deren Klubobmann und jetzigen Nationalratsabgeordneten Hannes Amesbauer eine „konstruktive Kraft“ nannte – dafür, dass die FPÖ bei der Päckerei mit der Automatenindustrie mitmachte.

828.000 Euro an einem Tag

Das neue Gesetz erhöhte die Einsätze ab dem Jahr 2016 auf 10 Euro, bei einem möglichen Gewinn von bis zu 10.000 Euro. Trotz aller Einwände und Warnungen haben SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen, dass es künftig legal möglich sein wird, in 24 Stunden bis zu 828.000 Euro zu verlieren!

Was vorher nur unter Umgehung der Gesetze möglich war, ist seither legal – nach einem Gesetz, das von Beobachtern als maßgeschneidert für Novomatic eingeschätzt wurde. Denn die

Novomatic AG ist mit Admiral nicht nur direkte Nutznießerin, sondern verfügt auch über Querverbindungen und Beteiligungen an den beiden anderen Inhabern von Bewilligungen, die 12 Jahren lang gelten.

Positiv an diesem Gesetz ist lediglich, dass der Wildwuchs an Automaten beendet wurde und in der

Nähe von Schulen keine Automaten mehr stehen dürfen.

Steirische Verbindungen

Nicht nur die Bundesparteien, auch die steirischen Großparteien haben enge Verbindungen zur Glücksspielindustrie. Von den steirischen Lizenzen profitieren außer der Novomatic AG (Admiral) Firmen mit Querverbindungen zum Konzern (PA Entertainment und PG Entertainment). Eine zeitlang war auch Ex-ÖVP-Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl dort vertreten. Das Unternehmen PG Entertainment wurde erst drei Wochen vor Ablauf der Bewerbungsfrist gegründet. Die Vergabekriterien für die in einem Geheimverfahren vergebenen Bewilligungen werden von der Landesregierung bis heute nicht öffentlich gemacht.

Immer weniger Konkurrenz für Novomatic

Neben den drei Mini-Casino-Ketten der drei genannten Unternehmen gibt es weitere Glücksspielautomaten, auch wenn die „kleinen Aufsteller“ aus dem Geschäft gedrängt wurden. So genannte Wett-Terminals ähneln den herkömmlichen Glücksspielautomaten, der einzige Unterschied ist, dass die Software nicht im Gerät selbst abläuft, sondern auf einem zentralen Server ausgeführt wird. Für Spieler macht das keinen Unterschied. In der Steiermark gibt es solche Geräte nicht, sie sollen nun bundesweit abgeschafft werden – ebenso die Automaten der Casinos Austria, die damit ein gutes Geschäft machen. Die Casinos Austria gehören zu einem Drittel der Republik Österreich, Mehrheitseigentümer ist der tschechische Konzern Sazka mit Sitz in Zypern.



it dem Elend



Ein weiteres Betätigungsfeld der Glücksspielindustrie sind Sportwetten. Wettterminals gelten nach dem Gesetz nicht als Glücksspiel und es gelten weniger strenge Einschränkungen für deren Aufstellung.

Neben dem legalen und dem schwer überschaubaren Online-Angebot gibt es auch noch illegale Automaten, die allerdings immer weiter zurückgedrängt werden konnten. Novomatic hat also unter den von der aktuellen Bundesregierung geplanten Änderungen immer weniger Konkurrenz zu fürchten. Dass der Wechsel der ehemaligen Grünen-Chefin Eva Glawischnig zur Novomatic AG damit zu tun hat, gilt als unwahrscheinlich. Sie hat sich inzwischen aus dem Konzern zurückgezogen.

Ausstieg statt noch mehr Glücksspiel

Die Steiermark hat vor kurzem strengere Regeln für Automaten eingeführt, die als Unterhaltungsspiele getarnt illegale Glücksspiele anbieten. Prompt forderte die Wirtschaftskammer die Wiedereinführung des ursprünglichen „kleinen Glücksspiels“ mit 20 Cent Höchstesatz. Der steirische Unternehmer Heinrich Lindenau will sogar Automaten mit 1 Euro Einsatz zulassen.

Ein Ausstieg der Steiermark aus dem „kleinen Glücksspiel“, für den sich die KPÖ mit tausenden Unterschriften aus der Bevölkerung eingesetzt hat, kommt für ÖVP, SPÖ und FPÖ nicht in Frage. Ex-Landeshauptmann Voves hat dies unter Verweis auf den Einnahmenentgang vehement abgelehnt. Etwa 18 Millionen Euro pro Jahr kassiert die Steiermark dafür, dass sie die größtmögliche Anzahl von Automaten und die höchsten möglichen Einsätze zulässt, die das Bundesgesetz vorgibt. Der gesellschaftliche Schaden ist zweifellos weit höher und wird von der Allgemeinheit getragen.

Die KPÖ tritt für ein Verbot des Automatenspiels wie in Wien ein. Trotz verschärfter Gesetze ist die Spielsucht nach wie vor ein Problem, unter dem nicht nur Spieler leiden, sondern auch deren Angehörige. Die Geschäftsgrundlage dieser Industrie ist und bleibt die Spielsucht.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Wir treten für einen Ausstieg aus dem staatlich geförderten Glücksspiel ein, denn für uns steht der Schutz von Spielsüchtigen und ihrer Angehörigen im Mittelpunkt. Die Affären rund um die Novomatic AG haben gezeigt, dass es in dieser Branche oft nicht mit rechten Dingen zugeht.“

Landespolitik Parteienförderung wieder erhöht KPÖ-Antrag gegen Privilegien

Im Juni wurde im Landtag die Parteienförderung offengelegt. Die KPÖ forderte aus diesem Anlass die Abschaffung der automatischen jährlichen Erhöhung der Parteien- und Klubförderungsgelder (Indexierung). SPÖ und ÖVP halten aber an der jährlichen Erhöhung fest, während die Oppositionsparteien dem Antrag der KPÖ zustimmen.



Diese Politik kommt uns zu teuer.

Verfolgt man die Entwicklung der Parteienförderung in den vergangenen Jahren, dann fällt die enorme Steigerung auf. Die Gesamtsumme für Parteienförderung betrug:

2012:	14,7 Millionen Euro
2013:	18,0 Millionen Euro
2020	24,4 Millionen Euro

Diese außergewöhnliche Erhöhung wurde dadurch möglich, dass im Steiermärkischen Parteienförderungs-Verfassungsgesetz eine Wertanpassung vorgesehen ist.

Die KPÖ stimmte 2013 als einzige Partei gegen diese Regelung.

Dass dem Landtag jedes Jahr ein umfassender Förderungsbericht vorgelegt wird, geht übrigens auf eine Initiative der KPÖ aus dem Jahr 2006 zurück. Seither wird jedes Jahr ein umfassender Bericht veröffentlicht, während zuvor nur über Umwege in Erfahrung zu bringen war, wer Förderungen erhielt und wie viel Geld dafür geflossen ist. Die übersichtliche Darstellung war ein großer Schritt in Richtung Transparenz.



Vom wilden Lattich zum Grazer Krauthauptel

Dank fehlender Bitterstoffe schmeckt der Grazer Krauthauptel besonders aromatisch. Was steckt hinter dieser nach unserer Landeshauptstadt benannten Pflanze?

Warum können wir Salat essen, aber keine Grashalme? Diese Frage haben sich schon viele gestellt. Aber stimmt das überhaupt? Viele Pflanzen, die heute auf dem Speiseplan stehen, sind eigentlich Wiesenkräuter: Löwenzahn, Rucola (Rauke), Schnittlauch – und auch der Kopfsalat. Die Urform des von uns so gerne verspeisten Salats ist der wilde Zaunlattich. Dieser wurde schon in der Antike kultiviert und kam mit den Römern nach Mitteleuropa, wo er seither angebaut wird.

Durch die Jahrtausende dauernde Kultivierung des Salats sind die heutigen Pflanzen weniger holzig. Sie enthalten weniger Zellulose, die von unserem Magen nicht verdaut werden kann. Wiederkäuer benötigen immerhin vier Mägen, um mit Gras zurecht zu kommen. Für Kopfsalat genügt uns ein einziger.

Der Grazer Krauthauptel stammt von einer Sorte ab, die am Ende des 19. Jahrhunderts im heutigen Slowenien erstmals beschrieben wurde. Aufgrund seiner Ähnlichkeit mit dem Eis(berg)salat, einer in den USA gezüchteten Sorte mit Ursprung in Frankreich, wurde dieser Salat „Laibacher Eissalat“ genannt.



Charakteristisch waren der feste Kopf und die gekräuselten Blätter, die keine Bitterstoffe enthalten und daher besonders fein schmecken. Samen dieser Sorte gelangten in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nach Graz, wo die leicht süßlich schmeckende Variante des Laibacher Salats mit oft ausgeprägten roten Blatträndern gezüchtet wurde.

1913 ist im Katalog der 1773 gegründeten Samenhandlung Köller, die noch heute am Südtirolerplatz 1 zu finden ist, erstmals das „Echte Grazer verbesserte Krauthauptel“ zu finden. Inten-

siert wurde der Anbau in den 1950er-Jahren.

Das österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft führt den Grazer Krauthauptel als „seltene landwirtschaftliche Kulturpflanze“. Das Anbauggebiet wurde jedoch erweitert: Wurde die Sorte früher nur im Grazer Becken kultiviert, wächst die wohlschmeckende Pflanze heute auch in der Süd- und Oststeiermark. Zwischen Aussaat und Ernte vergehen zehn Wochen. Die Sorte zeichnet sich dadurch

aus, dass sie besonders lange knackig bleibt.

Neben Ballaststoffen enthält der Grazer Krauthauptel zahlreiche Vitamine und Mineralstoffe. Der Gehalt an Vitamin C ist etwa zehn Mal so hoch wie beim Eissalat, der, in einer Plastikhülle verpackt, oft zu einem geringeren Preis im Supermarkt zu finden ist, obwohl er eine weite Reise hinter sich hat. Wer zur regionalen Sorte greift, trägt zu einer Verringerung der Transportwege bei (Eisbergsalat kommt oft aus Spanien) und leistet somit einen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz.

Sind der Landespolitik Anliegen der Bevölkerung lästig?

Eine Allianz aus ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos zieht eine enorme Hürde für Petitionen ein. Auch das Rederecht für die Opposition im Landtag wird eingeschränkt.

Jede Steirerin, jeder Steirer kann Forderungen an die Landespolitik mittels einer Petition an

den Landtag einbringen. Mit 100 Unterschriften ist es möglich, das Anliegen persönlich vorzutragen. Das war zumindest bisher so. Denn ab 2022 sind dafür 1500 (!) Unterschriften nötig. Das haben ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos gemeinsam beschlossen. Die KPÖ stimmte dagegen.

„Offenbar ist es vielen in der Landespolitik lästig, wenn sie sich

mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen müssen“, kritisiert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler diesen Beschluss.

Gleichzeitig wurde auch eine weitere Redezeitbeschränkung im Landtag eingeführt. Besonders die kleinen Fraktionen können sich jetzt nicht mehr zu allen Themen zu Wort melden. Grund

dafür sind angeblich die langen Sitzungen. „Es muss schon auszuhalten sein, dass die Abgeordneten ein, zwei Stunden mehr Geduld haben. Immerhin geht es um Dinge, die den Bürgerinnen und Bürgern der Steiermark wichtig sind“, so Klimt-Weithaler. Für die Mitglieder der Landesregierung gibt es hingegen keine Einschränkung der Redezeit.

**Sie haben Fragen oder Anliegen
zu Beruf und Arbeitswelt?**

Rufen Sie uns an!

0677/612 538 99

glb@glb-steiermark.at

**GLB Gewerkschaftlicher
Linksblock**

75 Jahre Kinderland

75 Jahre für die Rechte der Kinder!

Die demokratische Vereinigung Kinderland wurde im Jahr 1946 von fortschrittlichen Eltern und Pädagogen gegründet. Tausende steirische Kinder haben unbeschwerter Ferien im Kinderland verbracht. Anfangs um die Not der Familien zu lindern, damit sich ihre Kinder einmal satt essen können, um erholt und gestärkt wieder zur Schule gehen zu können. Mit dem Kinderland Feriendorf am Turnerseer in Kärnten haben steirische Arbeiter in ehrenamtlicher Arbeit eine Ferienanlage errichtet.

Auch heute ist es immer noch nötig, Eltern und AlleinerzieherInnen unter die Arme zu greifen und ihren Kindern ein bis drei Wochen Ferien in gesunder, stressfreier Umgebung zu ermöglichen.

Heuer konnten wieder über 300 Kinder unter Einhaltung bekannter Hygieneauflagen erlebnisreiche Ferien im Feriendorf am



Turnerseer verbringen. Es wurde gewandert, geschwommen, gesportelt und gefeiert. Vor allem aber wurde im Jubiläumsjahr den vielen ehrenamtlichen Frauen und Männern gedankt, die dieses Juwel „unser Feriendorf“ geschaffen haben.

Im Rahmen der 30. Landeskonferenz mit anschließender Festveranstaltung wurde der Vorsitz von Kinderland Steiermark mit Obmann Herwig Urban und Geschäftsführer Amir Mayer wieder bestätigt und die Landesleitung deutlich verjüngt.

Auf weitere 75 Jahre für die Rechte der Kinder!



Foto: Wolfgang Gombocz

Der Schutz der Carnica-Biene war Inhalt einer Petition an den Landtag – jetzt ist die sie wieder in Gefahr, da die Landesregierung plant, die heimische Biene in Randgebiete zu verdrängen. Künftig wird es schwieriger, Forderungen direkt an den Landtag heranzutragen. Der Landespolitik ist es offenbar lästig, sich mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auseinanderzusetzen.



Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe **Bad Radkersburg** zu vermieten. **Natur pur.** 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.



3 Komfort-Ferienwohnungen

(93 bzw. 63 qm) für 2 bis 5 Personen, nicht teuer. Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at> • Tel. 034 76/20 525.

BUCHTIPP:

Die Selbstgerechten

von Sahra Wagenknecht

Die Kommunistin Sahra Wagenknecht kritisiert in ihrem neuen Buch die Schickeria-Linke. Urban, divers, kosmopolitisch, individualistisch – links ist für viele heute vor allem eine Lifestylefrage.

Politische Konzepte für sozialen Zusammenhalt bleiben auf der Strecke. Sahra Wagenknecht zeichnet in ihrem Buch eine Alternative zu

einem Linksliberalismus, der sich progressiv wähnt, aber die Gesellschaft spaltet, weil er sich nur für das eigene Milieu interessiert und Diskriminierung ignoriert. Sie entwickelt ein Programm, mit dem linke Politik wieder mehrheitsfähig werden kann. Gemeinsam statt egoistisch.



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

- für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
- Ausfüllen von Formularen.
- Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
- Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Reisen und Ausflüge mit dem ZVP bei Ihrer Ortsgruppe

Was uns ein- und auffällt

... dass die afghanischen Taliban in ihrer heutigen Stärke wesentlich ein **Produkt der USA** selbst sind. Die USA rüsteten die islamistischen Truppen zuerst gegen die Sowjetunion auf und dirigierten sie von Pakistan aus. In Saudi-Arabien wurden sie über Jahrzehnte und Generationen hin-

weg zu strammen Gotteskriegern herangezogen.



... dass der Bundeskanzler im Juli das **Ende von Corona** ausgerufen hat. Im Herbst sehen wir, wie wenig wir ihm trauen können, nicht nur bei dieser Krankheit.



... dass die Regierung Kürzungen beim Arbeitslosengeld, Verschlechterungen bei den Pensionen und höhere Steuern auf Treibstoffe plant. Dafür sollen die Gewinnsteuern gesenkt werden. Die **Kosten der Krise** werden auf die Allgemeinheit abgewälzt.

UMFRAGE:

Zuviele Spitalsbetten in Österreich?

Die ÖVP will an ihren Abbauplänen im Gesundheitssystem festhalten, auch der Abbau von Spitalsbetten soll fortgesetzt werden. KPÖ-Landtagsabgeordnete

Claudia Klimt-Weithaler kritisiert dieses blinde Festhalten an gesundheitspolitischen Konzepten aus der Vergangenheit. Um Kapazitäten für Corona-Fälle freizuhalten wurde

die gesamte medizinische Versorgung auf ein Minimum reduziert. Selbst lebenswichtige Behandlungen wurden verschoben. Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise

Die Landesregierung setzt trotz der Erfahrungen in der Pandemie weiterhin auf das Zusperrn von Spitälern und den Abbau von Betten. Wie denken Sie? Soll dieser Weg fortgesetzt werden?

JA, die Regierung wird sich sicher etwas dabei gedacht haben.

NEIN, so kann es nicht weitergehen. Die steirische Gesundheitspolitik braucht einen Neustart.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Landtags-Infoblatt.

Name:

Adresse:



An die

STEIRISCHE
Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

RAT UND HILFE IN MIET- WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte

um telefonische Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at



Corona-Schadenersatz: Ein gutes Geschäft für Großkonzerne

Mit Coronahilfen haben einige Firmen in Österreich sehr viel Geld verdienen können. Das geht aus einer von der Tageszeitung „Die Presse“ veröffentlichten Aufstellung hervor.

Dabei geht es um Riesensummen. So hat die AUA 150 Millionen Euro aus Steuergeldern erhalten.

Besonders erfinderisch waren einige Handelsketten. So hat die Elektronik-Kette Mediamarkt für jede einzelne ihrer rund 40 Filialen Hilfgelder beantragt – und insgesamt 11,8 Millionen Euro zusammenbekommen. Damit werden EU-Förderrichtlinien, die eine Deckelung der Hilfen pro Unternehmen vorsehen, umgangen. Kein Wunder, dass die Bilanz von Mediamarkt im Coronajahr äußerst positiv ausgefallen ist. Das Geschäftsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 199 Millionen Euro gesteigert werden.

Mehr Umsatz – mehr Coronahilfen

„Möbelhäuser, Bau- und Elektromärkte haben keinen Umsatzverlust gemacht. Die konnten den Umsatzentgang aus der Lockdown-Zeit nach den Öffnungen wieder aufholen. Kaum waren die Geschäfte wieder geöffnet, rissen die Kunden den Händlern etwa die Fernseher aus den Händen. Trotzdem haben sie Corona-Hilfen kassiert – auch wenn sie ohne sie durch die Krise gekommen wären“, kritisiert der Chefökonom des Momentum-Institutes Oliver Picek die Förderpraktik der Regierung. Der Elektrohandel profitierte aber stark vom Homeoffice und das Unternehmen macht rund die Hälfte seines Umsatzes durch den Onlineshop. Auch Möbelhäuser wie Kika/Leiner (1,4 Millionen Euro) und XXX Lutz (104.000 Euro) bekamen Staatshilfen – obwohl die Umsätze in der Branche



DIE KRISE TRIFFT ALLE: DIE EINEN MIT ARBEITSLOSIGKEIT, DIE ANDERN MIT GELDGESCHENKEN!

um vier Prozent stiegen. Sie haben also mehr verkauft als in anderen Jahren und bekamen die Staatshilfen obendrauf.

Ähnlich ging die Falkensteiner Hotelgruppe vor. Sie hat ihr Imperium auf mehrere kleine Gesellschaften aufgeteilt, mit jeder einzelnen angesucht und konnte so 7,4 Millionen Euro an Zuschüssen erhalten. „Die Presse“ kommentiert das so: „Gerade in der Gastronomie und Hotellerie ist die Gestaltung des Umsatzerersatzes durchaus umstritten: Meist ist das Personal in Kurzarbeit – die Kosten fallen also größtenteils weg. Ebenso der Wareneinsatz während des Lockdowns.“ (28.5. 2021)

Weiters fällt auf, dass Wettbüros und Lotterien 16,9 Millionen Euro als Coronahilfen erhalten haben. Davon gingen 1,6 Millionen Euro an Unternehmen, die Novomatic zuzurechnen sind. Die Dividende von Novomatic betrug zuletzt 50 Millionen Euro.

Auch die Kette Starbucks bekam 800.000 Euro vom Staat. Die Steuerleistung des Konzerns in Österreich machte laut Angaben des Bloggers Hans Otto Ressler „stolze 2.850 Euro“ aus.

Landwirtschaftskammer

Aber auch die Landwirtschaftskammer Steiermark suchte an und bekam 400.000 Euro an Zuschüssen! Die politische Akademie der ÖVP bekam 140.000 Euro an Coronaförderung für ihr Seminarhotel. Dabei erhält sie ohnehin aus der Parteienförderung 32,2 Millionen Euro pro Jahr.

Gleichzeitig klagen viele kleine Betriebe darüber, dass die Hilfen sehr lange auf sich warten ließen und auch als ungenügend empfunden wurden.

Während die einen ihre Gewinn-

ne durch Steuergeld sogar erhöhen konnten, schauten andere durch die Finger. Das Arbeitslosengeld wurde anders als in Irland oder den USA während der Krise nicht erhöht. Stattdessen gab es 2020 nur zweimal eine Einmalzahlung und auch die hat es nicht für jeden Jobsuchenden gegeben. Heuer bleibt auch diese aus. Arbeitslos gewordene Menschen müssen mit 55 Prozent ihres Einkommens auskommen – sie können ihre Kosten aber nicht so leicht reduzieren, wie ein Hotel, das gar nicht erst öffnet, schreibt Marco Pühringer auf der

Staatliche Garantien: 4,86 Milliarden Euro genehmigt

Staatliche Coronahilfen – Ausbezahlte Beträge

Top-10-Empfänger		in Mio. Euro
Austrian Airlines	Wien	150,00
H&M	Wien	4,05
Palmer's Textil	Wien	3,38
Danubia Kreuzfahrten	Tirol	2,12
PL HandelsgesmbH	NÖ	2,12
Star Inn Hotelbetriebe	Wien	2,03
Leder und Schuh AG (Humanic)	Stmk.	1,55
Imlau Hotel- und Restaurant	Sbg.	1,53
Felbermayer Fenster und Türen	NÖ	1,50
Bellaflora Gartencenter	OÖ	1,37

Website
kontrast.at



Die KPÖ Weststeiermark lädt herzlich ein zum

HERBST in VOITSBERG FEST

Samstag,
9.10.2021,
ab 15 Uhr

im Hildegard-Burger-Haus

C. v. Hötzendorfstraße 29, Voitsberg (im Garten, nahe LKH)

*Für Essen und Getränke, Maroni und Sturm ist gesorgt!
Wir freuen uns auf euren Besuch!*



Musik: **Christian Masser
& Gerhard Steinrück**

Freier Eintritt

Begrüßung: LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Kinderbetreuung durch Kinderland

KPÖ
Weststeiermark